



## Register 14

### **Höchstspannungsleitung**

### **Osterath – Philippsburg; Gleichstrom**

### **Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG („Ultranet“)**

### **Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ)**

### **Hier:**

### **Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststel- lungsverfahren für den Abschnitt Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz**

### **Verkehrswege/ -konzept**

### **(Belange anderer Verkehrsinfrastruktur)**

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>Aufgabenstellung .....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Verkehrskonzept Baustellenverkehr .....</b>	<b>4</b>
2.1	Technische Anforderungen an die Baustraßen .....	4
2.2	Beweissicherung und Schadensregulierung .....	4
2.2.1	Öffentliche Straßen und Wege .....	4
2.2.2	Private Straßen und Wege .....	5
2.3	Immissionsschutz .....	5
2.4	Maßnahmen zum Schutz der Umwelt .....	6
<b>3</b>	<b>Anbauverbot bzw. Zustimmungserfordernis nach § 9 FStrG und §§ 22, 23 LStrG RLP .....</b>	<b>7</b>
3.1	Vorgaben für Bundesautobahnen und Bundesstraßen .....	7
3.2	Vorgaben für Landesstraßen und Kreisstraßen .....	7
3.3	Kreuzungsverzeichnis (Register 8) .....	8
3.4	Vertragliche Vereinbarungen zur Straßennutzung .....	8
3.5	Ausnahme- und Zustimmungserfordernis .....	9
3.5.1	Bundesautobahnen und Bundesstraßen .....	9
3.5.1.1	110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem, Bl. 4197 .....	9
3.5.1.2	220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Bad Neuenahr – Koblenz, Bl. 4502 ..	9
3.5.1.3	220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – KKW. Kärlich Bl. 4130 ....	9
3.5.1.4	380-kV-Höchstspannungsfreileitung Brauweiler – Koblenz, Bl. 4511 .....	9
3.5.2	Landes- und Kreisstraßen .....	10
3.5.2.1	110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem, Bl. 4197 .....	10
3.5.2.2	220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Neuenahr – Koblenz, Bl. 4502 .....	10
3.5.2.3	220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – KKW. Kärlich, Bl. 4130.	10
3.5.2.4	220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Brauweiler – Koblenz, Bl. 4511 .....	10
3.5.2.5	Zustimmung der Straßenbaubehörde .....	10
<b>4</b>	<b>Geplante Vorhaben .....</b>	<b>12</b>
<b>5</b>	<b>Verzeichnis über Gesetze, Verordnungen zum Erläuterungstext .....</b>	<b>13</b>

## **1 Aufgabenstellung**

Gemäß Untersuchungsrahmen der Bundesnetzagentur für die Planfeststellung vom 15. Dezember 2022 ist das Vorhaben so zu planen, dass die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie die Leistungsfähigkeit der betroffenen Verkehrsinfrastruktureinrichtungen nicht beeinträchtigt werden.

Weiterhin ist für das gegenständliche Vorhaben (Abschnitt Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz) darzulegen, inwieweit ein Anbauverbot bzw. Zustimmungserfordernis nach § 9 FStrG und § 22 LStrG Rheinland-Pfalz besteht und inwieweit die Voraussetzungen für eine Zustimmung des Straßenbaulastträgers vorliegen.

Darüber hinaus ist gemäß Antrag nach § 19 NABEG auf Planfeststellungsbeschluss vom 26. Juli 2022 für die baubedingten An- und Abfahrten (Baustellenverkehr) ein Verkehrskonzept zu erstellen. Hierin sind Art und Umfang der beabsichtigten Nutzung öffentlicher Straßen und Wege und deren Auswirkungen auf den Zustand bzw. Tragfähigkeit der Straßen und Wege darzustellen.

## **2 Verkehrskonzept Baustellenverkehr**

Für die Realisierung des Vorhabens werden die vorhandenen Bestandsmasten verwendet. Zehn dieser Masten werden dabei erhöht. Es sind keine Ersatzneubauten oder zusätzliche Masten erforderlich.

Zur Montage gleichstromfähiger Isolatoren an bestehenden Masten und zur Umbeseilung ist es erforderlich, die jeweiligen Maststandorte und Arbeitsflächen mit Fahrzeugen und Geräten anzufahren (vgl. Register 1 – Erläuterungsbericht, Kapitel 5.4).

Für die Umsetzung dieser technischen Anforderungen wurde ein Verkehrskonzept Baustellenverkehr mit folgendem Inhalt erarbeitet:

- Alle erforderlichen Zuwegungen sind im Register 6 (Lagepläne) dargestellt.
- Die überwiegende Zahl der erforderlichen Zuwegungen erfolgt von öffentlich-rechtlich gewidmeten Erschließungsanlagen (Straßen und Wege) aus. Bei der Auswahl der betreffenden Straßen wurde der jeweilige Umfang der Widmung (Verkehrsfunktion und Klassifizierung) berücksichtigt.
- Vereinzelt ist auch die Nutzung von privaten Straßen und Wegen erforderlich. Diese temporäre baubedingte Inanspruchnahme von Grundstücken ist im Rechtserwerbsverzeichnis (Register 7) mit aufgeführt.

### **2.1 Technische Anforderungen an die Baustraßen**

Für Maststandorte bzw. Arbeitsflächen, die sich nicht unmittelbar neben Straßen oder Wegen befinden, müssen temporäre Zuwegungen mit einer Breite von 3,5 m eingerichtet werden. Bei Zuwegungen über Wiesenwege und Acker/ Wiese/ Weide werden bei Bedarf je nach Verfügbarkeit Fahrplatten aus Aluminium oder Stahl oder Fahrbohlen aus Holz ausgelegt oder es werden andere geeignete Maßnahmen ergriffen (z. B. Einsatz von Fahrzeugen mit Breitreifen/ Ketten).

Alternativ können im Sonderfall temporäre Schotterwege in Abhängigkeit von den örtlichen Bedingungen erstellt werden. Zunächst wird hierbei auf dem Oberboden ein Geotextil aufgelegt, um den Eintrag von Schotter in den Boden zu verhindern. Danach wird der Schotter auf dem Geotextil ausgebracht und verdichtet. In der Regel weist ein temporärer Schotterweg eine Stärke von bis zu 50 cm auf. Die Stärke der Schotterung richtet sich dabei nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten, d.h. Unebenheiten im Geländeverlauf. Eine Schotterung oder Verbreiterung der bestehenden Zufahrten ist im vorliegenden Abschnitt nicht erforderlich (vgl. Register 1 – Erläuterungsbericht, Kapitel 5.4.1).

Vorhandene Straßen und Wege werden als ausreichend breit und tragfähig betrachtet und nach Begutachtung vor Baubeginn bei Bedarf durch die Vorhabenträgerin instand gesetzt.

### **2.2 Beweissicherung und Schadensregulierung**

#### **2.2.1 Öffentliche Straßen und Wege**

Die zur Nutzung geplanten öffentlichen Straßen und Wege werden als ausreichend breit und tragfähig für die zum Einsatz kommenden, für den öffentlichen Straßenverkehr zugelassenen Baufahrzeuge betrachtet.

Vor Baubeginn erfolgt eine Begutachtung der für die Baumaßnahme in Anspruch zu nehmenden öffentlichen Straßen und Wege seitens Amprion, der ausführenden Baufirma und den Baulastträgern der öffentlichen Straßen und Wege. Dieses Vorgehen dient der Beweissicherung und Information, zu welchem Zeitpunkt die öffentlichen Straßen und Wege während der Baumaßnahme in Anspruch genommen werden. Eine relevante Verschlechterung des Zustandes alleinig durch den Baustellenverkehr für das Vorhaben ist nicht ersichtlich.

Im Rahmen der Bauausführungsplanung erfolgt rechtzeitig vor Baubeginn eine Abstimmung mit dem zuständigen Straßenbaulastträger bezüglich notwendiger Baustellenausschilderungen oder Straßeneinengungen/ -sperrungen im Bereich von Einmündungen aus öffentlichen Straßen in Wirtschaftswege oder private Straßen und Wege.

Nach Abschluss der Bautätigkeiten werden die temporären Zuwegungen rückgebaut und die vorhandenen Zufahrten auf öffentliche Straßen und Wege bei widerzuerwartend entstandenen Beschädigungen wiederhergestellt. Straßen- und Wegeschäden, die durch die für den Bau der Freileitungen eingesetzten Fahrzeuge entstehen, werden nach Abschluss der Bautätigkeiten beseitigt. Eine Begutachtung erfolgt mit den Straßenbaulastträgern vor und nach der Baumaßnahme. Die Dokumentation erfolgt hierbei über entsprechende Schadensprotokolle.

### **2.2.2 Private Straßen und Wege**

Die zur Nutzung geplanten privaten Straßen und Wege werden als ausreichend breit und tragfähig für die zum Einsatz kommenden, für den öffentlichen Straßenverkehr zugelassenen Baufahrzeuge betrachtet.

Vor Baubeginn erfolgt eine Begutachtung der für die Baumaßnahme in Anspruch zu nehmenden privaten Straßen und Wege seitens Amprion, der ausführenden Baufirma und den betroffenen Privateigentümern der Straßen und Wege. Dieses Vorgehen dient der Beweissicherung und Information, zu welchem Zeitpunkt die Straßen und Wege während der Baumaßnahme in Anspruch genommen werden. Eine relevante Verschlechterung des Zustandes alleinig durch den Baustellenverkehr für das Vorhaben ist nicht ersichtlich.

Nach Abschluss der Bautätigkeiten werden die temporären Zuwegungen rückgebaut und die vorhandenen Zufahrten bei widerzuerwartend entstandenen Beschädigungen wiederhergestellt. Eine Begutachtung erfolgt mit den Grundstückseigentümern vor und nach der Baumaßnahme. Etwaige Schäden werden entweder entsprechend behoben oder auf Wunsch des Betroffenen finanziell entschädigt. Die Dokumentation erfolgt hierbei über entsprechende Flurschadensprotokolle.

## **2.3 Immissionsschutz**

Durch den Baustellenverkehr treten nur kurzzeitig temporäre Beeinträchtigungen durch baubedingte Geräuschemissionen (Verkehrslärm) auf.

Die Vorhabenträgerin hat ein Gutachten bezüglich der zu erwartenden Geräuschemissionen in der Nachbarschaft während der Arbeiten für das geplante Vorhaben in Auftrag gegeben (vgl. Register 11 – Gutachten nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV Baulärm)).

Dementsprechend ist je Bauphase mit unterschiedlich starkem Baustellenverkehr zu rechnen. Der höchste Baustellenverkehr tritt an den zu erhöhenden und umzubauenden Masten wäh-

rend der Mastmontage (Vormontage und Stocken) mit max. 10 Fahrzeugen pro Tag und Maststandort auf. Die Arbeiten auf der Baustelle werden von Montag – Freitag zwischen 7:00 Uhr und 20:00 Uhr durchgeführt. Wobei die Fahrten von Lkw nur wenige Minuten Vorort in Anspruch nehmen.

Der Baustellenverkehr an Masten für den Isolatorentausch besteht aus Transportbussen und LKW für einen Zeitraum vom 1 – 2 Tagen pro Maststandort.

Zum Ziehen der Seile wird zwischen Winden- und Trommelplatz, die sich an den jeweiligen Abspannmasten befinden, in der Regel ein leichtes Vorseil aufgezogen. Das Vorseil wird dabei je nach Geländebeschaffenheit mit einem Traktor oder geländegängigen LKW zwischen den Masten verlegt. Beim gegenständlichen Abschnitt erfolgt das Einziehen der neuen Beseilung mit Hilfe der Altbeseilung als Vorseile (Umbeseilung).

Der erforderliche Baustellenverkehr ist mit ortsüblichem landwirtschaftlichen Verkehr vergleichbar. Aufgrund der insgesamt nur geringen Zahl an Verkehrsbewegungen sind keine relevanten Beeinträchtigungen zu erwarten.

Alle eingesetzten Fahrzeuge entsprechen den Vorgaben der 28. BImSchV bzw. der EU-Verordnung 2016/1628, wodurch keine relevanten Beeinträchtigungen der Luftqualität zu erwarten sind.

## **2.4 Maßnahmen zum Schutz der Umwelt**

Zum Schutz der Umwelt werden temporären Zuwegungen auf dem bestehenden Oberboden errichtet. Um Bodenverdichtungen und Flurschäden vorzubeugen, werden für Zuwegungen über Wiesenwege und Acker/ Wiese/ Weide bei Bedarf je nach Verfügbarkeit Fahrplatten aus Aluminium oder Stahl oder Fahrbohlen aus Holz ausgelegt oder andere geeignete Maßnahmen ergriffen (z. B. Einsatz von Fahrzeugen mit Breitreifen/ Ketten). Alternativ können im Sonderfall temporäre Schotterwege in Abhängigkeit von den örtlichen Bedingungen erstellt werden. Zunächst wird hierbei auf dem Oberboden ein Geotextil aufgelegt, um den Eintrag von Schotter in den Boden zu verhindern. Danach wird der Schotter auf dem Geotextil ausgebracht und verdichtet. Eine Schotterung oder Verbreiterung der bestehenden Zufahrten ist im vorliegenden Abschnitt nicht erforderlich (vgl. Register 1 – Erläuterungsbericht, Kapitel 5.4.1).

Potenzielle Verunreinigungen der Straßen und Wege während der Baumaßnahmen werden zeitnah bei Bedarf durch vorgehaltenen Straßenreinigungsmaschinen behoben.

### **3 Anbauverbot bzw. Zustimmungserfordernis nach § 9 FStrG und §§ 22, 23 LStrG RLP**

#### **3.1 Vorgaben für Bundesautobahnen und Bundesstraßen**

In der Nähe von Bundesautobahnen und Bundesstraßen gelten besondere Beschränkungen für die Errichtung von Hochbauten bzw. baulichen Anlagen.

Gemäß § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) dürfen Hochbauten in einer Entfernung bis zu 40 Meter bei Bundesautobahnen und bis zu 20 Meter bei Bundesstraßen nicht errichtet werden (sog. Anbauverbotszone). Die Errichtung oder Änderung baulicher Anlagen in einer Entfernung bis zu 100 Meter bei Bundesautobahnen und bis zu 40 Meter bei Bundesstraßen bedürfen der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde (für Bundesstraßen), § 9 Abs. 2 FStrG (sog. Anbaubeschränkungszone), seit 01.01.2021 für Bundesautobahnen der Zustimmung des Fernstraßenbundesamtes und der Autobahn GmbH.

Von dem Bauverbot nach § 9 Abs. 1 FStrG kann die oberste Landesstraßenbaubehörde bzw. das Fernstraßenbundesamt, die Autobahn GmbH im Einzelfall Ausnahmen zulassen, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichungen erfordern, § 9 Abs. 8 FStrG. Die Zustimmung im Falle des § 9 Abs. 2 FStrG darf gemäß § 9 Abs. 3 FStrG nur verweigert oder mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden, soweit dies wegen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, der Ausbauabsichten oder der Straßenbaugestaltung nötig ist.

Freileitungsmaste stellen sowohl Hochbauten i.S.d. § 9 Abs. 1 FStrG als auch bauliche Anlagen i.S.d. § 9 Abs. 2 FStrG dar.

#### **3.2 Vorgaben für Landesstraßen und Kreisstraßen**

In der Nähe von Landesstraßen und Kreisstraßen gelten besondere Beschränkungen für die Errichtung von Hochbauten bzw. baulichen Anlagen.

Gemäß § 22 Abs. 1 Landesstraßengesetzes Rheinland-Pfalz (LStrG RLP) dürfen Hochbauten in einer Entfernung bis zu 20 Meter bei Landesstraßen und bis zu 15 Meter bei Kreisstraßen nicht errichtet werden (sog. Anbauverbotszone). Die Errichtung, wesentliche Änderung oder wesentliche andersartige Nutzung baulicher Anlagen in einer Entfernung bis zu 40 Meter bei Landesstraßen und bis zu 30 Meter bei Kreisstraßen bedürfen der Zustimmung der Straßenbaubehörde, § 23 Abs. 1 LStrG RLP.

Von dem Bauverbot nach § 22 Abs. 1 LStrG RLP kann die Straßenbaubehörde Ausnahmen zulassen, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichungen erfordern, § 22 Abs. 5 LStrG RLP.

Freileitungsmasten stellen baulichen Anlagen i.S.d. §§ 22, 23 LStrG RLP dar.

### **3.3 Kreuzungsverzeichnis (Register 8)**

Im Kreuzungsverzeichnis (Register 8) sind die vom Vorhaben betroffenen klassifizierten Straßen aufgeführt. In Spalte 5 des Kreuzungsverzeichnisses ist der Abstand des Kreuzungspunktes zwischen Objekt und Leitungsachse zum Mittelpunkt des angegebenen Mastes angegeben, falls das Objekt die Leitungsachse kreuzt.

Im Übrigen wurden die geplanten Masterhöhungen so gewählt, dass eine Umverlegung bzw. ein Umbau vorgenannter Objekte für die Errichtung der Masten und für die Einhaltung der nach DIN VDE 0210 erforderlichen Mindestabstände zu den Leiterseilen nicht erforderlich wird.

### **3.4 Vertragliche Vereinbarungen zur Straßennutzung**

Zwischen der Amprion GmbH sowie der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz bestehen Rahmenvereinbarungen über die Regelung der Mitbenutzungsverhältnisse zwischen Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes/Landes, Landesstraßen in der Baulast des Landes, Kreisstraßen in Rheinland-Pfalz und Leitungen der öffentlichen Versorgung im Sinne des § 8 Abs. 10 des FStrG und § 45 Abs. 1 LStrG RLP.

Diesbezüglich bedarf es für jede Herstellung oder Änderung einer Anlage unter Benutzung von Straßen der ausdrücklichen Einräumung des Straßenbenutzungsrechtes durch die Straßenbauverwaltung. Die Straßenbauverwaltung erteilt das Benutzungsrecht, wenn durch die beabsichtigte Nutzung die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nur kurzfristig oder geringfügig beeinträchtigt werden sowie überwiegende straßenbauliche oder sonstige überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Die Prüfung im Sinne straßenbaulicher Belange erfolgt auf der Grundlage technischer Antragsunterlagen, die der Straßenbauverwaltung durch den Vorhabenträger vorzulegen sind. Die Erteilung der Zustimmung erfolgt nach Abschluss der technischen Prüfung über die nach Anlage 2 der bestehenden Rahmenverträge abzuschließende Vereinbarung über die Einräumung des Straßenbenutzungsrechtes. Die Antragsunterlagen werden Bestandteil der Vereinbarung. Die Zustimmung oder Ausnahmegenehmigung für die etwaige Errichtung von Anlagenteilen im Bereich der Anbauverbots- oder Anbaubeschränkungszone (§ 9 Bundesfernstraßengesetz oder §§ 22 und 23 LStrG RLP) gilt mit Abschluss o.g. Vereinbarung gleichermaßen als erteilt.

Seit dem 01.01.2021 obliegt die Zuständigkeit für Bundesautobahnen der Autobahn GmbH des Bundes und dem Fernstraßenbundesamt. Bundesstraßen liegen weiterhin in der Zuständigkeit des Bundeslandes/Straßenbaulastträger. Die erforderlichen Vereinbarungen für die Kreuzungen zwischen den derzeit bestehenden Freileitungen und betroffenen Bundesautobahnen wurden vor Gründung der Autobahn GmbH seitens der Vorhabenträgerin mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, geschlossen. Die Verträge werden gemäß § 1 Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz (InfrGG) ab 01.01.2021 nicht mehr vom Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, sondern von der Autobahn GmbH abgewickelt. Für die geplanten Änderungen an den bestehenden Freileitungen werden die geschlossenen Vereinbarungen entsprechend aktualisiert. Für die Kreuzungen zwischen den derzeit bestehenden Freileitungen und Bundes-, Landes und Kreisstraßen bestehen ebenfalls Vereinbarungen. Diese werden in Bezug auf die geplanten Änderungen gleichermaßen aktualisiert.



### **3.5 Ausnahme- und Zustimmungserfordernis**

#### **3.5.1 Bundesautobahnen und Bundesstraßen**

##### **3.5.1.1 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechtem, Bl. 4197**

Bei der Bl. 4197 befindet sich der Mast Nr. 70 innerhalb der Anbauverbotszone der Abfahrt der Bundesautobahn BAB A571 und des Abzweigs Sinzig der BAB A571 sowie in der Anbaubeschränkungszone des Dreiecks Sinzig - Abfahrt BAB A61 zur BAB A571 (vgl. Register 8.1 – Kreuzungsverzeichnis). Der Mast wird nicht erhöht. Es erfolgt an dem bestehenden Mast lediglich ein Austausch der Isolatoren.

Bundesstraßen sind von der Änderung der Bl. 4197 nicht betroffen (vgl. Register 8.1 – Kreuzungsverzeichnis). Die von der Änderung betroffenen Freileitungsmasten (Isolatorentausch) stehen außerhalb der maßgeblichen Zonen. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der obersten Landesstraßenbaubehörde.

##### **3.5.1.2 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Bad Neuenahr – Koblenz, Bl. 4502**

Bundesautobahnen und Bundesstraßen sind von der Änderung der Bl. 4502 nicht betroffen (vgl. Register 8.2 – Kreuzungsverzeichnis). Die von der Änderung betroffenen Freileitungsmasten (Isolatorentausch) stehen außerhalb der maßgeblichen Zonen. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der obersten Landesstraßenbaubehörde.

##### **3.5.1.3 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – KKW. Kärlich Bl. 4130**

Bundesautobahnen und Bundesstraßen sind von der Änderung der Bl. 4197 nicht betroffen (vgl. Register 8.3 – Kreuzungsverzeichnis). Die von der Änderung betroffenen Freileitungsmasten (Isolatorentausch und Umbeseilung) stehen außerhalb der maßgeblichen Zonen. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der obersten Landesstraßenbaubehörde.

##### **3.5.1.4 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Brauweiler – Koblenz, Bl. 4511**

Innerhalb von genehmigungspflichtigen Anbaubeschränkungszone der Bundesautobahn BAB A48 (BAB A48 und Abfahrt BAB A48) befindet sich der Mast Nr. 286 der Bl. 4511. Bei dem Mast erfolgt ein Isolatorentausch und eine Umbeseilung. Er wird nicht erhöht.

Bundesstraßen sind von der Änderung der Bl. 4511 nicht betroffen (vgl. Register 8.4 – Kreuzungsverzeichnis). Die von der Änderung betroffenen Freileitungsmasten (Masterhöhung) stehen außerhalb der maßgeblichen Zonen. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der obersten Landesstraßenbaubehörde.

### **3.5.2 Landes- und Kreisstraßen**

#### **3.5.2.1 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – Sechem, Bl. 4197**

Innerhalb von genehmigungspflichtigen Anbaubeschränkungszonen von Landstraßen befinden sich folgende Masten:

- Mast Nr. 57 (Isolatorentausch) - Landstraße L82
- Mast Nr. 17 (Isolatorentausch) - Landstraße L116

Innerhalb von genehmigungspflichtigen Anbauverbotszonen von Kreisstraßen befindet sich Mast Nr. 28 (Isolatorentausch) (vgl. Reg. 8.1 – Kreuzungsverzeichnis).

Bei den Masten erfolgt ein Isolatorentausch. Sie werden nicht erhöht. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der obersten Landesstraßenbaubehörde.

#### **3.5.2.2 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Pkt. Neuenahr – Koblenz, Bl. 4502**

Landes- und Kreisstraßen sind von der Änderung der Bl. 4502 nicht betroffen (vgl. Register 8.2 – Kreuzungsverzeichnis). Die von der Änderung betroffenen Freileitungsmasten (Isolatorentausch) stehen außerhalb der maßgeblichen Zonen. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der Straßenbaubehörde.

#### **3.5.2.3 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Weißenthurm – KKW. Kärlich, Bl. 4130**

Landes- und Kreisstraßen sind von der Änderung der Bl. 4130 nicht betroffen (vgl. Register 8.3 – Kreuzungsverzeichnis). Die von der Änderung betroffenen Freileitungsmasten (Isolatorentausch und Umbeseilung) stehen außerhalb der maßgeblichen Zonen. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der Straßenbaubehörde.

#### **3.5.2.4 220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Brauweiler – Koblenz, Bl. 4511**

Innerhalb von genehmigungspflichtigen Anbaubeschränkungszonen befinden sich folgende Masten (vgl. Register 8.4 - Kreuzungsverzeichnis):

- Mast Nr. 278 (Isolatorentausch und Umbeseilung) - Landstraße L125
- Mast Nr. 1269 (Isolatorentausch und Umbeseilung) - Kreisstraße K87
- Mast Nr. 272 (Isolatorentausch und Umbeseilung) - Kreisstraße K96
- Mast Nr. 280 (Isolatorentausch und Umbeseilung) - Kreisstraße K96

Bei den Masten erfolgt ein Isolatorentausch und eine Umbeseilung. Sie werden nicht erhöht. Mithin besteht kein Zustimmungs- oder Genehmigungserfordernis seitens der obersten Landesstraßenbaubehörde.

#### **3.5.2.5 Zustimmung der Straßenbaubehörde**

Die Errichtung, erhebliche Änderung oder andere Nutzung baulicher Anlagen längs der Landesstraßen, Radschnellverbindungen des Landes und Kreisstraßen in einer Entfernung bis zu 40 Meter (30 m bei Kreisstraßen in Rheinland-Pfalz), gemessen vom äußeren Rand der für

den Kraftfahrzeugverkehr, bei einer Radschnellverbindung des Landes der für den Fahrradverkehr bestimmten Fahrbahn, bedürfen der Zustimmung der Straßenbaubehörde. Die Zustimmung darf nur versagt oder mit Bedingungen und Auflagen erteilt werden, soweit dies wegen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, der Ausbauabsichten oder der Straßenbaugestaltung nötig ist. Diese Voraussetzungen liegen vor.

Die zu erhöhenden Masten der Bl. 4511 liegen weder in Anbauverbotszonen noch in Anbaubeschränkungszonen. Die Beantragung einer Zustimmung der Straßenbaubehörde ist nicht erforderlich.

#### **4 Geplante Vorhaben**

Der geplante 6-streifige Ausbau der Bundesautobahn BAB 61 in den Abschnitten Landesgrenze NW/RP und der AD Sinzig sowie AD-Sinzig – AS Mendig wird durch das gegenständliche Vorhaben nicht beeinträchtigt.

## **5 Verzeichnis über Gesetze, Verordnungen zum Erläuterungstext**

1. FStrG - Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist
2. LStrG Rheinland-Pfalz - Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. August 1977 (GVBl. 1977, 273), das zuletzt durch § 84 des Gesetzes vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 413) geändert worden ist
3. 28. BImSchV – Achtundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung zur Durchführung der unionsrechtlichen Verordnung über Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte - 28. BImSchV) vom 21. Juli 2021 (BGBl. I S. 3125)
4. EU-Verordnung 2016/1628 – VERORDNUNG (EU) 2016/1628 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 14. September 2016 über die Anforderungen in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte für gasförmige Schadstoffe und luftverunreinigende Partikel und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1024/2012 und (EU) Nr. 167/2013 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie 97/68/EG
5. InfrGG - Infrastrukturgesellschaftserrichtungsgesetz vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122, 3141), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist